

Protestkultur in Aachen

30. August: Demo von „Alle Dörfer Bleiben“ ist mit 3.000 Menschen im bedrohten Dorf Lützerath am Tagebau Garzweiler unterwegs. Unter anderem „Ende Gelände“ und „Fridays For Future“ stehen zusammen für die bedrohten Dörfer im Rheinland und eine Klimagerechte Zukunft ein.

26. August: Kundgebung am Eurogress unter dem Motto „Es reicht nicht“ anlässlich der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes im Stadtrat Aachen.

22. August: Kundgebung gegen Rassismus im Kennedypark, organisiert von „We won't be quiet“.

19. August: Sechs Monate nach dem rassistischen Terroranschlag in Hanau trafen sich ca. 100 Menschen am Elisenbrunnen zu einer Gedenkkundgebung.

17. August: Ein Stencil-Graffiti mit einem Gasmasken tragenden Bogenschützen neben chinesischer Schrift und der Übersetzung „Revolt“. Das Kunstwerk solidarisiert sich offensichtlich mit den Protesten in Hongkong und wurde in der Nähe des Audimax angebracht.

08. August: Beim Forum gegen Polizeigewalt NRW in Leichlingen (Wohnort von Innenminister Herbert Reul) wurden viele Beiträge zu Polizeigewalt und Repression geteilt. Auch aus Aachen wurde ein Redebeitrag, zu rechten Strukturen bei der Polizei, gehalten.

05. August: Über Nacht tauchen Adbusting-Plakate mit Forderungen von „Fridays For Future“ im Stadtgebiet Aachen auf. Sie beziehen sich auf die Kommunalwahl und fordern, diese zur Klimawahl zu machen.

01. August: Im Rahmen der Friedensfahrradtour NRW durch das Rheinland mit dem Ziel des Atombomben-Standorts Bundeswehr-Flugplatz Büchel sammeln sich die Radler*innen vor dem Rathaus in Aachen. Bei der Kundgebung werden die anhaltenden Waffenexporte Deutschlands an kriegsführende Länder stark kritisiert. Bei einer weiteren Kundgebung am Super C kritisiert die Gruppe die Rüstungsforschung der RWTH Aachen - trotz Zivilklausel.

01. August: Ca. 30 Menschen protestieren mit „Seebrücke Aachen“ am Markt unter dem Motto „Wir haben Platz“ für einen humanen Umgang mit Geflüchteten. Das Ende von Waffenexport und Krieg sowie Schritte gegen den Klimawandel seien wichtig, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

31. Juli: Die Klimakrise treibt die Temperaturen in die Höhe. Gemeinsam mit Health For Future machen Fridays For Future am Elisenbrunnen auf die gesundheitlichen Probleme der Klimakrise aufmerksam und fordern: „Klimagerechtigkeit – JETZT!“ Zwischen 200 und 700 Menschen machen deutlich, dass die Klimakrise schon längst da ist und bereits gesundheitliche Folgen zu spüren sind.

27. Juli: „Leave no one behind“-Graffiti taucht im Gillesbachtal auf.

19. Juli: Anlässlich von acht Jahren Revolution in Rojava findet im Hambacher Forst eine Feier mit Essen, Waldspaziergang, Vorträgen, Musik und Lagerfeuer statt.

11. Juli: Eine Demo mit ca. 100 Menschen zieht von der Polizeiwache Mariental zur Bundespolizei am Hauptbahnhof und fordert: „Entnazifizierung jetzt! Extrem rechte

→ Fortsetzung auf Seite 10

→ Fortsetzung von Seite 1: Wir wollen uns lebendig!

übernimmt die gesetzliche Krankenkasse nicht die gesamten Kosten für den Abbruch. Sie bezahlt lediglich die ärztliche Beratung vor dem Abbruch und die ärztlichen Leistungen und Medikamenten vor und nach dem Eingriff, bei denen der Schutz der Gesundheit primär ist. Die Kosten für die Abtreibung selbst werden von der Krankenkasse nicht übernommen. Das heißt, dass Frauen*, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entschlossen haben, Kosten in Höhe von 200-570€ aufbringen müssen. Bei einem geringen Einkommen besteht die Möglichkeit einen Antrag auf Kostenübernahme bei der Krankenkasse zu stellen, jedoch muss dieser vor dem konkreten Abbruch vorliegen. Obendrein gibt es keine flächendeckende Versorgung durch Ärzt*innen, die Abbrüche nach modernen medizinischen Standards vornehmen.

Die Kosten für die Abtreibung selbst werden von der Krankenkasse nicht übernommen.

Und so herrscht an dieser Stelle noch nicht mal eine formelle rechtliche Gleichstellung zwischen Männern und Frauen*. In den meisten Staaten haben Frauen im 20. Jahrhundert formell die gleichen Bürgerrechte erhalten wie Männer: Sie dürfen wählen, arbeiten und konsumieren. Jedoch stehen sie in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche vor der paradoxen Situation, dass sie nicht über ihren eigenen Körper bestimmen können. So wird Frauen* sobald sie schwanger sind ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung aberkannt und dem Fötus das Recht auf

ein unversehrtes Leben zugesprochen. Somit fungieren Frauen* als ein Versorgungssystem für diesen. Leben wird an dieser Stelle umgedeutet. Er gilt als schützenswert, wohingegen die Schwangere alles in ihrer Macht stehende unternehmen muss, damit dieser gut gedeiht. Auf Grund, der eben beschriebenen Situation, kann an dieser Stelle von einer mangelnden medizinischen Versorgung von schwangeren Frauen* gesprochen werden. Die Gesundheit von Frauen* wird dabei massiv gefährdet. Laut WHO sterben jährlich 47000 Frauen aufgrund einer unsicheren Abtreibung. In Deutschland sind 15% der Abtreibungen unsicher. In ihrer Verzweiflung führen Frauen* auch in Deutschland Selbstabtreibungen durch und greifen zu Stricknadeln, Regenschirmstangen oder Kleiderbügel. Folgen von medizinisch nicht fachgerecht durchgeführten Abtreibungen können Infektionen, Blutungen, Sterilität und Tod der betroffenen Frauen* sein.

Laut WHO sterben jährlich 47.000 Frauen aufgrund einer unsicheren Abtreibung.

Wie eingangs erwähnt fand und findet das Beenden von ungewollten Schwangerschaften zu allen Zeiten und somit auch in anderen Gesellschaften statt. Ein Verbot dessen führt nicht zu weniger Abtreibungen, sondern zur Gefährdung und zum Tod tausender Frauen*. Vielmehr wird an dieser Stelle deutlich, dass auch die Ebene von Recht und Gesetz eine ideologisch geformte ist. An dieser Stelle wird die patriarchale Struktur des bürgerlichen Rechts sichtbar. Das ist für uns nicht hinnehmbar.

„Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt“ stellt sich vor

Im Januar 2019 gründete sich das feministische Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt mit dem Ziel, eine Demonstration zum Weltfrauen*kampftag am 8. März vorzubereiten. Jedoch entschlossen wir uns, auch über das Datum hinaus aktiv zu sein, denn für uns ist jeder Tag Frauen*kampftag.

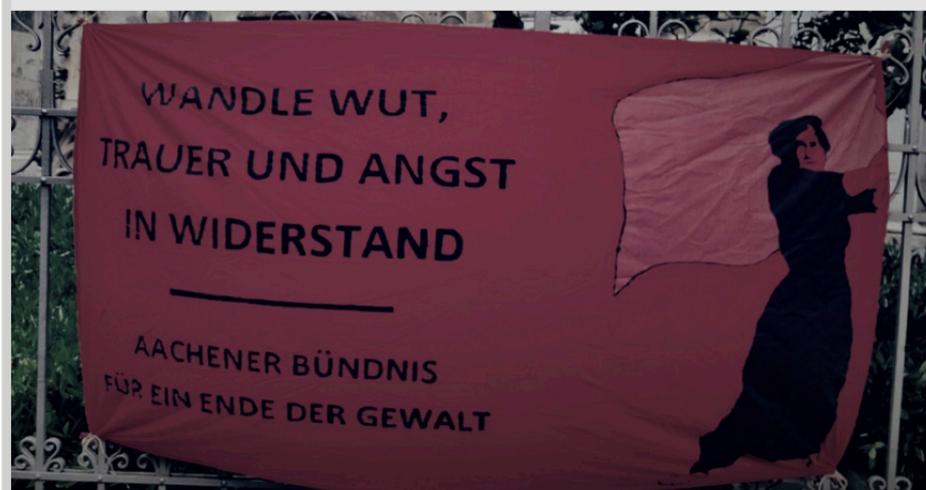
Schließlich ist Gewalt gegen Frauen*¹ und Mädchen* allgegenwärtig. Diese findet sowohl auf einer personellen (direkte, persönliche Erfahrungen) und strukturellen (Gesetze, gängige gesellschaftliche Vorstellungen) Ebene statt. Jeden Tag versucht in Deutschland ein Mann, seine (Ex-)Partnerin zu töten, an jedem dritten Tag gelingt es einem. Im Jahr 2019 wurden 135 Frauen getötet. Diese direkte Gewalt gegen Frauen* wird durch die Ebene der strukturellen Gewalt bedingt. Diese tritt durch ungleiche Machtverhältnisse zu Tage. So verdienen Frauen* heute noch meist weniger als Männer und leisten weiterhin den größten Teil der Reproduktionsarbeit zu Hause. Dadurch geraten Frauen* häufiger in ein Abhängigkeitsverhältnis gegenüber ihrem männlichen Partner. Diese Abhängigkeit hat Auswirkungen auf die erlittene und häufig erduldeten Gewalt. Zudem herrscht, wie im Artikel „Wir wollen uns gesund und lebendig!“ dargestellt, bei weitem noch keine formelle rechtliche Gleichstellung zwischen Männern und Frauen*. So haben Frauen*, bedingt durch die §§ 218 und 219a, immer noch nicht die volle medizinische Selbstbestimmung über ihren Körper. Diese Zustände wollen wir nicht hinnehmen! Deshalb treffen wir uns, um weitere Aktionen zu planen.

Wenn du Interesse an unserer Arbeit bekommen hast, dann schau hier vorbei:

- ➔ <https://frauenkampftagac.noblogs.org/>
- ➔ <https://www.facebook.com/AachenerBuendnisfuereinEndederGewalt>
- ➔ https://www.instagram.com/fuer_ein_ende_der_gewalt/

Möchtest du bei uns mitarbeiten, schreib uns eine Mail: frauenkampftag-8_3@riseup.net

¹ Wenn wir von Frauen sprechen, meinen wir nicht nur konkrete Frauen. Das Sternchen soll deutlich machen, dass es um eine abstrakte Ebene geht. Frauen* werden von der Gesellschaft gemacht. Bei der Definition von Weiblichkeit geht es nicht um Biologismen oder eine Selbstbezeichnung, sondern um das, was die Gesellschaft als weiblich festsetzt und liest.



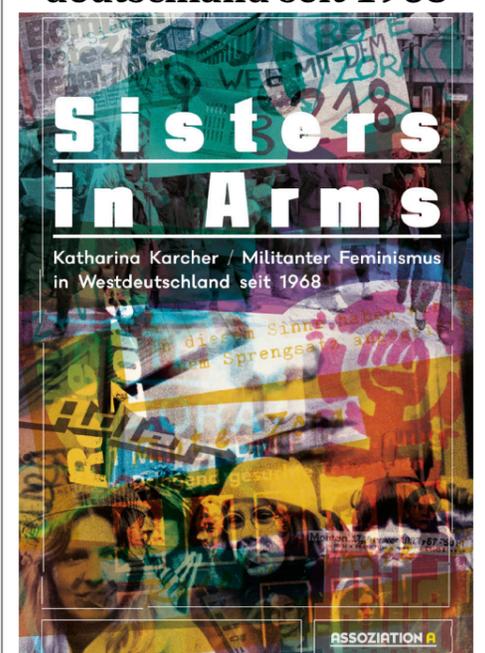
Darum fordern wir:

- ➔ Die ersatzlose Streichung der §§ 218 und 219a
- ➔ Ein universelles Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung
- ➔ Eine Anerkennung von Schwangerschaftsabbrüchen als medizinische Grundversorgung
- ➔ Eine Beseitigung der medizinischen Unterversorgung
- ➔ Die Beendigung der Stigmatisierung von Frauen, die sich für einen Abbruch entschieden haben und eine konsequente medizinische und gesellschaftliche Aufklärung

Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt

Buchrezension

Sisters in Arms: Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968



Buchcover Sisters in Arms. (Bild: Assoziation A)

Katharina Karcher schließt mit ihrem Buch *Sisters in Arms* (2018) eine große Lücke in der Debatte und Darstellung feministischer Bewegungen in der BRD. Hierzu stellt sie verschiedene Gruppen, Theorien und Aktionen aus den 1960er bis in die 1990er Jahre vor. Dieser weitgehend vergessene Teil der Bewegungsgeschichte wird in dem Buch anschaulich wiederbelebt. Die Besonderheit liegt dabei in der Auseinandersetzung mit Militanz in feministischen Kontexten sowie linken Gruppen, die sich ursprünglich vor allem aus der Student*innenbewegung radikalisierten. Aus der Überzeugung heraus, Militanz habe nichts mit Feminismus zu tun, erhielten Gruppen wie die Rote Zora in den bisherigen Analysen und Darstellungen – meist aus dem bürgerlichen Spektrum – kaum Beachtung. Karcher hingegen beschäftigt sich explizit mit militanten, feministischen Aktionen dieser und anderer Gruppen, vor allem hinsichtlich polarisierender Themen wie der Abtreibungsreform und Gewalt gegen Frauen. Die Beschäftigung mit den Aktionen der Roten Zora ist auch aus lokaler Perspektive interessant. So fielen beispielsweise im August 1987 acht ADLER-Filialen Brandanschlägen der Roten Zora zum Opfer. Die Gruppe wollte dadurch auf die menschenverachtenden Produktionsverhältnisse des Modeherstellers aufmerksam zu machen. Auch in einer Aachener Filiale wurde ein Brandsatz deponiert, der allerdings nicht zündete. Auch aufgrund der Raffinesse und Vielseitigkeit der beschriebenen Aktionen begeistert das Buch. Eben auch durch Interviews mit ehemaligen Aktivistinnen und neuen Rechercheergebnissen ist das Buch aus unserer Sicht sehr lesenswert, vielschichtig und fesselnd.

Knit & Agitate

Katharina Karcher: *Sisters in Arms. Militanter Feminismus in Westdeutschland seit 1968*, Hamburg/Berlin 2018, ISBN 978-3-86241-464-2, aus dem Englischen von Gerhild Ahnert und Annemarie Künzl-Snodgrass.